

Hauptsatzung

der Ortsgemeinde Nauort

vom 29.02.2012

Der Ortsgemeinderat hat aufgrund der §§ 24 und 25 der Gemeindeordnung (GemO) der §§ 7 und 8 der Landesverordnung zur Durchführung der Gemeindeordnung (GemODVO) des § 2 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung kommunaler Ehrenämter (KomAEVO) in seiner öffentlichen Sitzung vom 14.02.2012 folgende Ergänzung und Neufassung der Hauptsatzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird.

§ 1

Öffentliche Bekanntmachungen, Bekanntgaben

(1) Öffentliche Bekanntmachungen der Ortsgemeinde erfolgen in einer Wochenzeitung. In welcher Zeitung diese Bekanntmachungen veröffentlicht werden, legt der Ortsgemeinderat durch Beschluss fest, der dementsprechend bekannt zu machen ist.

(2) Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte oder Erläuterungen können abweichend von Absatz 1 durch Auslegung im Dienstgebäude der Verbandsgemeindeverwaltung Ransbach-Baumbach zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bekannt gemacht werden. In diesem Fall ist auf Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tage vor dem Beginn der Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt mindestens sieben volle Werktage. Besteht an dienstfreien Werktagen keine Möglichkeit der Einsichtnahme, so ist die Auslegungsfrist so festzusetzen, dass an mindestens sieben Tagen Einsicht genommen werden kann.

(3) Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und hierfür keine besonderen Bestimmungen gelten, gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) In den Fällen, in denen eine dringliche Sitzung des Ortsgemeinderates oder eines Ausschusses nicht rechtzeitig in der Wochenzeitung öffentlich bekannt gegeben werden kann, erfolgt die Bekanntmachung in einer Tageszeitung. Absatz 1, Satz 2 gilt entsprechend.

(5) Kann wegen eines Naturereignisses oder wegen anderer besonderer Umstände die vorgeschriebene Bekanntmachungsform nicht angewandt werden, so erfolgt in unaufschiebbaren Fällen die öffentliche Bekanntmachung durch Aushang im Aushängekasten

- Bürgermeisteramt, Nauort

Die Bekanntmachung ist unverzüglich nach Beseitigung des Hindernisses in der vorgeschriebenen Form nachzuholen, sofern nicht der Inhalt der Bekanntmachung durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

(6) Sonstige Bekanntgaben erfolgen gemäß Absatz 1, sofern nicht eine andere Bekanntmachungsform vorgeschrieben ist.

§ 2

Ausschüsse des Ortsgemeinderates

(1) Der Ortsgemeinderat bildet folgende Ausschüsse

- a) Haupt- und Finanzausschuss
- b) Rechnungsprüfungsausschuss
- c) Ausschuss für Bauen und Umwelt
- d) Ausschuss für Kultur und Soziales

(2) Weitere Ausschüsse können bei Bedarf vom Ortsgemeinderat gebildet werden.

(3) Der Rechnungsprüfungsausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss bestehen aus 5 Mitgliedern und Stellvertretern. Die übrigen Ausschüsse bestehen aus 7 Mitgliedern und Stellvertretern. Den Vorsitz in den Ausschüssen, mit Ausnahme des Rechnungsprüfungsausschusses, führt der Bürgermeister. Der Rechnungsprüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, und dessen Stellvertreter. Die Beigeordneten können an den Ausschusssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.

(4) Die Stellvertreter können jedes Ausschussmitglied der Fraktion, von der sie zur Wahl vorgeschlagen sind, vertreten.

(5) Die Ausschüsse werden aus Mitgliedern des Ortsgemeinderates und sonstigen wählbaren Bürgerinnen und Bürgern der Ortsgemeinde gewählt. Mindestens die Hälfte der Mitglieder und Stellvertreter sollen Ratsmitglieder sein. Die Mitglieder und Stellvertreter des Rechnungsprüfungsausschusses werden aus der Mitte des Gemeinderates gewählt.

§ 3

Aufgaben der Ausschüsse

(1) Die Ausschüsse haben innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches die Beschlüsse des Ortsgemeinderates vor zu beraten.

(2) Berührt eine Angelegenheit das Arbeitsgebiet mehrerer Ausschüsse, bestimmt der Ortsgemeinderat einen federführenden Ausschuss. Die zuständigen Ausschüsse können zu gemeinsamen Sitzungen eingeladen werden.

(3) Der Ortsgemeinderat kann im Einzelfall durch Beschluss den Ausschüssen bestimmte Angelegenheiten zur abschließenden Entscheidung übertragen, soweit § 32 Abs. 2 GemO nicht entgegensteht.

§ 4

Ältestenrat

(1) Der Ortsgemeinderat bildet einen Ältestenrat, der den Ortsbürgermeister in Fragen der Tagesordnung und des Ablaufs der Sitzungen des Ortsgemeinderates berät. Das Nähere über dessen Aufgaben sowie den Geschäftsgang bestimmt die Geschäftsordnung.

(2) Dem Ältestenrat gehören der Ortsbürgermeister, die Beigeordneten und die Fraktionsvorsitzenden an.

§ 5

Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf den Ortsbürgermeister

Auf den Ortsbürgermeister werden folgende Aufgaben übertragen:

1. Entscheidung über die Nichtausübung des Vorkaufrechts in Verkaufsfällen, bei denen ein gemeindliches Interesse an dem Verkaufsobjekt offensichtlich nicht gegeben ist.
2. Entscheidung über das Einvernehmen in den Fällen des § 14 Abs. 2, § 31 und 33 BauGB und in den Fällen des § 34 BauGB, wenn durch das Bauvorhaben die Grundzüge der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung nicht berührt werden.
3. Entscheidung über die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln zur Fristwahrung.
4. Die gemeindliche Vertretung der Mitgliedschaftsrechte in der Jagdgenossenschaftsversammlung.

§ 6

Beigeordnete

- (1) Die Ortsgemeinde hat 3 Beigeordnete.

§ 7

Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Ortsgemeinderates

- (1) Die Ratsmitglieder erhalten keine Aufwandsentschädigung.
- (2) Nachgewiesener Lohnausfall wird in voller Höhe ersetzt.
- (3) Personen, die im häuslichen Bereich tätig sind oder aus anderen Gründen einen Verdienstaufschlag geltend machen, erhalten auf Antrag eine Entschädigung von 35,00 Euro, wenn die Sitzung bis zu 3 Stunden dauert. Bei einer Sitzungsdauer von über 3 Stunden beträgt die Entschädigung 50,00 Euro. Diese Regelung gilt nicht für Sitzungen, die ab 18.00 Uhr stattfinden.

§ 8

Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters

- (1) Die dem Ortsbürgermeister gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 der Entschädigungsverordnung für kommunale Ehrenämter (KomAEVO) zustehende monatliche Aufwandsentschädigung wird um 10% erhöht. Die Erhöhung kann frühestens nach zweijähriger Amtszeit gewährt werden.

§ 9

Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Beigeordneten

- (1) Der ehrenamtliche Beigeordnete erhält für den Fall der Vertretung des

Ortsbürgermeisters eine Aufwandsentschädigung nach § 12 Abs. 1 Satz 1 KomAEVO. Erfolgt die Vertretung des Ortsbürgermeisters nicht für die Dauer eines vollen Monats, so beträgt sie für jeden Tag der Vertretung ein Dreißigstel des Monatsbetrages der in Satz 1 festgelegten Aufwandsentschädigung. Erfolgt die Vertretung während eines kürzeren Zeitraums, als einen vollen Tag, so erhält er eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 10,00 Euro.

(2) § 7 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 10

(1) Diese Hauptsatzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntgabe in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 23.09.2009 außer Kraft.

Nauort, den 29.02.2012




Frank Herrmann
Ortsbürgermeister